

Staatsanwalt ermittelt gegen Amt

Klütz/Boltenhagen – Bei der Generalstaatsanwaltschaft in Rostock ist eine Anzeige gegen das Amt Klützer Winkel eingegangen. Wie Olaf Juterzenka, Oberstaatsanwalt und Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft in Rostock, bestätigt, ist am 1. Oktober eine Anzeige „wegen des Verdachts der Urkundenfälschung“ gegen das Amt Klützer Winkel gestellt worden. Die Anzeige wird aber inzwischen von der zuständigen Staatsanwaltschaft in Schwerin bearbeitet. Gerade schien es im Amtsbereich Klützer Winkel etwas ruhiger um die Belange der Gemeinde Ostseebad Boltenhagen geworden zu sein, da sprießen neue Gerüchte aus dem Boden. Von Urkundenfälschung in den Amtsstuben ist die Rede. So hieß es schon Ende August, dass es angeblich Verstößen bei der öffentlichen Auslage eines Bebauungsplans für Boltenhagen gegeben hätte. Schon in dem Zusammenhang wurde auch über eine mögliche Urkundenfälschung spekuliert.



*Katrin
Pardun*

Ob an dem Vorwurf etwas dran ist, klären nun die Juristen. Dass möglicherweise schon seit Monatsbeginn gegen die Verwaltung ermittelt wird, wäre der Leitenden Verwaltungsbeamtin des Amtes Klützer Winkel, Katrin Pardun, neu. Sie erklärte gestern auf Anfrage: „Uns ist nicht bekannt, dass eine Anzeige wegen Urkundenfälschung gegen das Amt gestellt wurde. Auch sonst ist mir kein Straftatbestand bekannt.“

Tatsächlich hatte es einen Formfehler bei der öffentlichen Auslegung der „9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3a ‚Restaurant zur Seebrücke‘“ gegeben. Daraufhin wiederholte die Amtsverwaltung die Auslegung, die noch bis zum 26. Oktober andauert. Den Vorgang bestätigt auch Katrin Pardun. Die Rechtsaufsicht des Landkreises habe die öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 3a bemängelt. „Der Fehler wurde aber mit der Wiederholung der Auslegung berichtigt“, so Katrin Pardun.